
DIE LINKE.

Ausgabe I / 2010

Deutsche Post: Filialen bis Ende 2010 dicht!

700 Eigenbetriebene Filialen will die Post bis Ende 2010 noch schließen. Nur 100 sollen dann übrig bleiben, in Mönchengladbach nur die Hauptpost



in Mönchengladbach und in Rheydt. Die Eigenbetriebenen Filialen werden umgewandelt in Partnerfilialen; Tabakwarengeschäfte, Bäckereien, Tankstellen und ähnliches. Eine solche Partnerfiliale gibt es in Wickrath. Links in dem Geschäft die Menschen, die ihre Postgeschäfte regeln, rechts, die die Schreibwaren kaufen. 3000 MitarbeiterInnen sind von der Schließung betroffen. Sie sollen einen anderen Arbeitsplatz im Bereich der Post bekommen, zum Beispiel für die fünfzigjährige Schalterbeamtin einen Platz im Zustelldienst. Seit der Privatisierung der Deutschen Post 1994 reduziert die

Ab Seite 4 DIE LINKE. im Rat der Stadt

Post Ihre Leistungen, weniger Postämter, Abbau von Briefkästen, Reduzierung des Zustelldienstes. Nicht die Grundversorgung der Bevölkerung mit entsprechenden Dienstleistungen steht im Mittelpunkt, es geht um die Ausweitung der profitablen Bereiche, die Entwicklung der Post zu einem Logistikunternehmen. Dabei bleibt dann schon einmal das Dienstleistungsangebot einer fachkundigen Bedienung im Postamt auf der Strecke.

Privatisierung bedeutet immer Gewinne für Wenige und Verluste für die Allgemeinheit.

Dies wird auch so sein bei der deutschen Bundesbahn, wenn die Profiteure die Bahn an die Börse bringen.

Einrichtungen, die mit Steuergeldern gebaut wurden und der Bevölkerung gehören – Bundeseigentum – werden aus Profitgründen verkauft. Der Begriff Enteignung passt besser zu dem Vorgang, als Privatisierung. Den Preis für den Verkauf unseres Eigentums zahlen wir mit weiteren Strecken- und Bahnhofstilllegungen sowie Preiserhöhungen.

DIE LINKE. lehnt jede Privatisierung ab. Private Bereiche, die für die Bevölkerung wichtige Dienstleistungen stellen, müssen wieder in die öffentliche Hand überführt werden. Bereiche der Daseinsfürsorge dürfen nicht der öffentlichen Kontrolle entzogen werden.

Zurück getreten

Nach 20 Jahren Arbeit in kommunalpolitischen Gremien hat Rolf Flören sein Mandat im Stadtrat zum 01.01.2010 nieder gelegt.

1989 wurde er mit 8,9% für die DKP in die Bezirksvertretung Odenkirchen gewählt, ab 1994 als Mitglied der LiLO. Der Bezirksvertretung Odenkirchen gehörte er bis zum Schluss an. Ab 2002 war er auch Mitglied des Stadtrates.

In Odenkirchen war er bekannt aufgrund seines Einsatzes für Kinder und Jugendliche. Bei vielen Menschen hat er auf dem Sofa gesessen und sich die Sorgen der einfachen Menschen angehört. Er hat sie beraten und auch bei Gängen zum Sozialamt begleitet. Die Sanierung der Lederfabrik Goebels, die Verhinderung der Giftmülldeponie in Odenkirchen, die Forderung nach einem Abenteuerspielplatz sind immer auch mit dem Namen von Rolf Flören verbunden. **Die Entwicklung einer linken Kommunalpolitik und auch die Akzeptanz der Partei DIE LINKE. in Mönchengladbach sind mit ein Verdienst von Rolf Flören.**

Rolf hat aus persönlichen und vor allen Dingen gesundheitlichen Gründen seine Mandate in der Bezirksvertretung Süd und im Rat der Stadt nieder gelegt. Fraktion und Partei wünschen ihm alles Gute und hoffen, in der einen oder anderen Frage von seinen Erfahrungen und Kenntnissen auch in der Zukunft lernen zu können.



Kommentar Hartmut Wessels

„Sozialistische Züge“ trage die Diskussion über das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu Hartz IV. Das



Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hatte die seit 2005 geltenden »Hartz IV«-Regelsätze für Erwachsene und Kinder für verfassungswidrig erklärt. Die gesetzlichen Vorschriften genügten nicht dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums.

„Wer kellnert, verheiratet ist und zwei Kinder hat, bekommt im Schnitt 109 Euro weniger im Monat, als wenn er oder sie Hartz IV bezöge“, so Herr Westerwelle.

Wer hat denn mit seiner Politik von Lohndumping dafür gesorgt, dass Menschen, die 40 Stunden in der Woche arbeiten, von ihrer Arbeit nicht mehr leben können? Herr Westerwelle war mit daran beteiligt. Wer verhindert denn einen Mindestlohn von 10 EUR pro Stunde, damit das Lohnabstandsgebot eingehalten und Menschen trotz Arbeit nicht für Leistungen der ARGE anstehen müssen? 1,4 Millionen Menschen sind trotz Berufstätigkeit auf Hartz-IV-Unterstützung angewiesen. Auch hier ist Herr Westerwelle aktiv. Noch aktiver ist Herr Westerwelle, wenn er seine politischen Möglichkeiten nutzt, an die Betuchten und Spender

seiner Partei, Steuergeschenke zu verteilen. Nicht umsonst wird die FDP als „Mövenpickpartei“ bezeichnet. Was Herr Westerwelle will, ist die Kosten des Sozialsystems und gleichzeitig das Lohnniveau in den unteren Einkommensschichten senken. Daran ändert auch das Urteil nichts.

DIE LINKE erklärt: Wer arbeitet, muss auch von Arbeit leben können. Deshalb ist ein Mindestlohn von 10 EUR notwendig. Und die, die keine Arbeit haben, nicht weil sie zu faul sind, sondern weil es keine Arbeit gibt, die benötigen eine Regelsatzerhöhung auf 500 EUR, damit neben dem physischen Überleben auch eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

Kölner Straße: Übergang zu weit entfernt

Immer wieder ist zu beobachten, dass Fußgänger die Kölner Straße außerhalb der Übergänge überqueren, da diese zu weit auseinander liegen. Die Kölner Straße ist stark befahren und wird auch von Schulkindern der Grundschule Burgbongert häufiger außerhalb der Ampelanlagen überquert. Die LiLO hatte deshalb bereits im Mai 2009 nach Hinweisen besorgter Eltern in der Sitzung der Bezirksvertretung die Verwaltung um Überprüfung der Verkehrssituation gebeten. - Jetzt endlich - 10 Monate nach der Anfrage - teilt die Verwaltung mit, dass eine Querungshilfe installiert wird. Wir hoffen, dass damit die Gefahrensituation entschärft wird.

Neue Wohnraumnutzungsbestimmungen

Die Fraktion der Partei DIE LINKE. kritisiert die fehlende Umsetzung der seit dem 01.01.2010 durch die Landesregierung geänderten Wohnraumnutzungsbestimmungen durch die Verwaltung.

In einem Brief an den Beigeordneten Dr. Schmitz fordert die Fraktion zur Vermeidung von Nachteilen für die Betroffenen ein sofortiges Handeln.

„Angesichts der erheblichen materiellen Nachteile, die den LeistungsbezieherInnen entstehen können, hat die Fraktion kein Verständnis dafür, dass die Umsetzung auf die lange Bank geschoben wird.“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Helmut Schaper.

Des Weiteren hat die Fraktion einen Brief an den Leiter der ARGE, Herrn Klaus Müller, geschickt mit der Bitte, seinerseits tätig zu werden, um materielle Nachteile für die Betroffenen zu vermeiden.

Nach den neuen Nutzungsbestimmungen erhöht sich die als angemessen geltende Wohnungsgröße für eine allein stehende Person von 45 qm auf 50 qm und für einen zwei

Personenhaushalt von 60 qm auf 65 qm. Für jede weitere Person im Haushalt um zusätzlich 15 qm. Damit würden sich auch die angemessenen monatlichen Mietobergrenzen um 26 EUR je 5 qm erhöhen. Ebenso wirkt sich die Regelung erhöhend auf die angemessenen Heizkosten aus.

Aus Sicht der Fraktion sind von daher alle Umzugsaufforderungen wegen nicht angemessener Wohnungsgröße bzw. Wohnungsmieten sofort zu stoppen und gemäß den neuen Wohnraumnutzungsbestimmungen zu überprüfen. Das gleiche gilt für Kürzungen der Energiekosten. Falsche Bescheide sind rückwirkend von Amtswegen zu korrigieren. Ferner müssen alle Umzugswünsche auf Grundlage der neuen Bestimmungen entschieden werden.

Drang zur Gesamtschule ungebrochen

Schulpolitische Wende für Mönchengladbach muss kommen

1.125 Kinder wollen auf die Gesamtschulen. 25 mehr als im vorigen Jahr. 458 Kinder müssen abgewiesen werden. Aufgrund der unsäglichen Empfehlungen, die die Grundschulen aussprechen, bleibt damit überwiegend für diese Kinder nur die Hauptschule übrig.

Überraschend sind diese Zahlen nicht. Seit Jahren können fast die Hälfte der Anmeldungen für die fünf Gesamtschulen nicht berücksichtigt werden. In diesem Jahr sollten durch drei neue Klassen 90 Kinder

Helmut Schaper

(Fraktionsvorsitzender)

„Schnell geht anders, Herr Dr. Schmitz!“





mehr aufgenommen werden. Aus schulorganisatorischen Gründen wurde von der Bezirksregierung für die Gesamtschulen Espenstraße und Neuwerk jedoch nur jeweils ein neuer Zug genehmigt.

Fragen lassen muss sich der Beigeordnete Dr. Fischer, warum er in der Sitzung des Schul- und Bildungsausschuss am 02.12.2009 nicht darauf hingewiesen hatte, dass aus schulorganisatorischen Gründen an der Gesamtschule Neuwerk nur eine Erhöhung um einen Zug möglich ist. Die Mehrheit im Ausschuss hatte eine Erhöhung um zwei Züge beschlossen. Wollte er nicht oder kennt er die entsprechenden Gesetze als Beigeordneter nicht?

Der Vertreter der Linken im Schul- und Bildungsausschuss, Johannes Frommen, hat auf der besagten Sitzung schon darauf hingewiesen, dass selbst die zusätzliche Erhöhung von 90 Plätzen, angesichts des eindeutigen Elternwillens, für das Schuljahr 2010/11 nur ein Tropfen auf dem heißen Stein wären. Die Frage stellt sich auch, wer ei-

gentlich in Mönchengladbach den Elternwillen für die Gesamtschule ausbremst? Ist es die Verwaltung oder die FDP in der sog. Gestaltungsmehrheit. SPD und Grüne haben sich im Wahlkampf für die sechste bzw. die siebte Gesamtschule ausgesprochen.

Für das Schuljahr 2011/12 muss es in Mönchengladbach endlich eine schulpolitische Wende geben. Dabei geht es nach Auffassung der Partei DIE LINKE nicht nur um die sechste Gesamtschule, sondern um weitgehende Schließungen von Hauptschulen zu Gunsten neuer Gesamtschulen. Die Hauptschule hat ausgedient und wird den sozialen und beruflichen Anforderungen in keiner Weise gerecht.

Den Eltern ist diese Tatsache bewusst, sie setzen angesichts des Turbo-Abiturs auf längeres gemeinsames Lernen und favorisieren die Gesamtschule.

Alter Kack im neuen Frack?

Das Bundesverfassungsgericht hat die bisherige Organisationsform der ARGEN für verfassungswidrig erklärt. Ab dem 01.01.2011 müssen dann, nach dem bisherigen Stand, die Stadt Mönchengladbach die Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose und die Agentur für Arbeit die Vermittlung und die Leistungen getrennt voneinander regeln. Die Politik muss nun auf dem letzten Drücker an einer Lösung arbeiten, damit die betroffenen Menschen für eine Leistung nicht zwei Stellen anlaufen müssen. CDU und SPD wa-

ren in der großen Koalition nicht in der Lage, eine vernünftige Lösung zu finden.

Die Fraktion der Partei DIE LINKE. ist der Meinung, dass es nicht reicht, nur eine organisatorische Änderung herbeizuführen, auch an den Inhalten muss sich etwas ändern. Die 1-EUR-Jobs haben nicht dazu geführt, dass Menschen in Arbeit gekommen sind. Deshalb soll nach Vorstellung der Linken die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Vordergrund stehen. Dazu sollte die Beschäftigungs- und Qualifizierungs GmbH (BQG), eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadt Mönchengladbach, mit der Entwicklung und Durchführung einer entsprechenden Konzeption beauftragt werden.

Die BQG verfügt über umfangreiche Erfahrungen aus der Zeit vor dem 01.01.2005 bezüglich der Vermittlung in Arbeit. Auch danach hat die BQG als städtische Tochter neue Arbeitsfelder im Pflegebereich durch Maßnahmen der Qualifizierung erschlossen und bei der Schaffung

von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen mitgewirkt. Die betroffenen Menschen kämen so in Arbeit und wären nicht mehr auf Sozialleistungen angewiesen. Und die Stadt könnte dadurch Kosten sparen.

Die im Rat vertretenen anderen Parteien konnten sich bisher noch nicht dazu durchringen, diesen Ansatz durch die Verwaltung prüfen zu lassen. DIE LINKE wird jedoch weiter daran arbeiten, dass sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen.

Biogasanlage in Wanlo

Haltung der Fraktion zum bisherigen Planungsstand

Die Förderung der Produktion regenerativer Energien, und dazu gehören auch Biogasanlagen, wird von den Linken befürwortet.

Angesichts der derzeitigen Welthungerlage ist die Verwertung von Lebensmitteln (hier Mais) zur Energiegewinnung jedoch nicht zu verantworten. Einem solchen Vorhaben der NVV wird DIE LINKE. MG in keinem Gremium der Stadt zustimmen. Eine Biogasanlage kann durchaus auch mit vergärbaren Siedlungsabfällen und Rest- bzw. Abfallstoffen, wie z. B. Klärschlamm, Biomüll und Speiseresten, betrieben werden, dann würde ein wirklich umweltschonendes Projekt daraus.

Aus planerischer Sicht ist der Unmut der direkt betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Wanlo sehr gut zu verstehen. Wanlo beherbergt bereits

Nicola Schiemann

Sozialpolitische
Sprecherin

*„Was die
Menschen
brauchen, sind
Arbeitsplätze!“*



Martin Selt

(Mitglied der
Bezirksvertretung
West)

*„Die Interessen
der BürgerInnen
von Wanlo
müssen bei der
Planung berücksichtigt
werden.“*



eine Kompostieranlage, einen Windkraftanlagen-Park und einen Segelflughafen. Der Braunkohletagebau kratzt an der Dorfgrenze. Nun soll auch noch eine Biogasanlage hinzukommen mit zusätzlichem LKW-Aufkommen für die Anlieferung und für den Abtransport. Hier stellt sich die Frage, ob dieser Standort wirklich geeignet ist.

Fragen ergeben sich auch aus der Verfahrensweise der Grundstücksvergabe. Da das entsprechende Grundstück der Stadt Mönchengladbach gehört, müsste es in dieser Größenordnung EU-weit ausgeschrieben werden, was jedoch offensichtlich nicht geschehen soll. Eine rechtliche Prüfung zu dieser Vorgehensweise sollte dringend durchgeführt werden.

Die NVV hatte frühzeitig eine Informationsveranstaltung zu der geplanten Biogasanlage durchgeführt. Die Bürgerinnen und Bürger hatten jedoch nicht das Gefühl, das es hier noch Entscheidungsspielräume gibt. Die Reaktionen seitens der NVV auf

ihre kritischen Fragen konnten keinen anderen Eindruck zulassen. Ebenso wenig konnte die NVV glaubhaft machen, dass sie viel an Umweltschutz und wenig an Profit interessiert sei.

Die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Mönchengladbach wird sich weiter kritisch mit diesem Thema auseinandersetzen und den Bürgerinnen und Bürgern von Wanlo in den verschiedenen Gremien der Stadt Gehör verschaffen.

Atomtransporte in unserer Region?

Diverse Castor-Transporte stehen in diesem Jahr in unserer Region an. Ein Blick auf die Karte zeigt, dass die Atommülltransporte von Jülich nach Ahaus auch durch Mönchengladbach oder knapp an der Vitus-Stadt vorbei gehen müssten.

Nach Auffassung der LINKEN stellen derartige Transporte eine direkte Gefährdung der Gesundheit der im Raum Mönchengladbach lebenden Menschen dar.

Vor dem Hintergrund dieser Gefährdung hat Sabine Cremer, Vertreterin der LINKEN im Umweltausschuss des Rates der Stadt Mönchengladbach, bereits am 08.12.2009 eine

Sabine Cremer

(Mitglied im
Umweltausschuss)

*„Die Verwaltung
macht es sich zu
einfach.“*



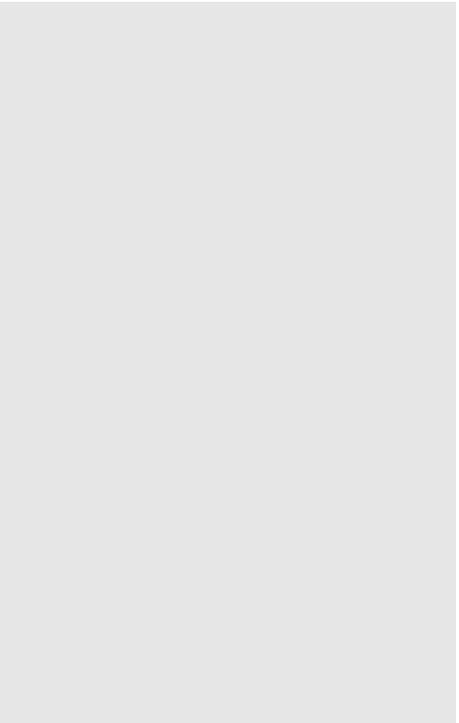
kleine Anfrage an die Stadtverwaltung gerichtet. Die Bevölkerung, die direkt von dieser verantwortungslosen Atompolitik betroffen sei, so Sabine Cremer, müsse schließlich über ihre Gefährdung informiert werden.

Am 02.02.2010 wurde die Anfrage durch die Stadtverwaltung beantwortet. Die Quintessenz der Antwort:

„Da die Stadtverwaltung keine Kenntnisse über solche Transporte hat, ist eine entsprechende Information der Öffentlichkeit nicht möglich.“

So einfach darf es sich die Stadtverwaltung nach Meinung von Sabine Cremer nicht machen. Schließlich habe die Verwaltung Möglichkeiten, herauszufinden, über welchen Weg die Transporte von Jülich nach Ahaus gehen.

„Die Atomenergie ist unverantwortlich, gestern, heute und morgen. Wir dürfen nicht unseren Kindern den hochgiftigen Atommüll als Erbe hinterlassen. Wenn die alten Ägypter Atomkraftwerke gebaut hätten, müssten wir noch heute deren Atommüll bewachen“ erklärt Ratsherr Bernhard Clasen zu dieser Problematik.

**Impressum / V.i.S.d.P.:**

DIE LINKE. MG / Torben Schultz
Burgstraße 4
41199 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 9 79 22 43

Fax: 0 21 66 / 9 79 22 42

E-Mail: buero@die-linke-mg.de

Web: www.die-linke-zeitung.de

BürgerInnensprechstunde:

Jeden Montag von 18 – 19 Uhr führt die Fraktion der Partei DIE LINKE. im Rat der Stadt Mönchengladbach in ihrem Büro Burgstraße 4 in Odenkirchen eine BürgerInnensprechstunde durch.

Durchgeführt wird die Sprechstunde jeweils von einem Mitglied im Rat der Stadt oder der Bezirksvertretungen. Es besteht auch die Möglichkeit, sich telefonisch mit seinen Fragen oder seinem Thema anzumelden.

Telefon: 02166-9792249.